

## 16. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

#### des Abgeordneten Florian Graf (CDU)

vom 03. Juli 2009 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. Juli 2009) und **Antwort**

#### Liegenschaften des Landes Berlin in Wansdorf II

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welches Ergebnis hatte die bedingte Ausschreibung des „Schlosses“/„Gutshofes“ (vgl. Kleine Anfrage Drs.16/13 205) und ist es inzwischen zu einem Vertragsabschluss gekommen bzw. warum ist das Geschäft noch nicht abgeschlossen worden?

Zu 1.: Auf die bedingte Ausschreibung sind sechs Angebote eingegangen. Mit dem Höchstbieter wurden Vertragsverhandlungen aufgenommen. Diese konnten noch nicht abgeschlossen werden, da eine abschließende Stellungnahme zur vorgesehenen Nutzungsbindung noch nicht vorliegt.

2. Trifft es zu, dass das Gebäude wegen fehlender Schutzmaßnahmen inzwischen vom Hausschwamm befallen ist?

Zu 2.: Ein Befall mit Hausschwamm ist erst kürzlich festgestellt worden. Zwischenzeitlich sind Maßnahmen zur Eindämmung und Bekämpfung angelaufen.

3. Welche Wertminderung ist ggf. durch den Pilzbefall inzwischen eingetreten?

Zu 3.: Eine Wertminderung kann aus vorliegendem Sachverständigengutachten nicht abgeleitet werden.

4. Wer war für die Bewirtschaftung der Liegenschaft zuständig und warum ist keine ausreichende Gebäudesicherung bzw. warum sind ggf. keine geeigneten Schutzmaßnahmen getroffen worden?

Zu 4.: Der Liegenschaftsfonds hat das Objekt zum 01.01.2004 von der BSGM (jetzt: Berliner Stadtgüter GmbH) übernommen. Die WoBeGe wurde jeweils als Geschäftsbesorger für die Verwaltung eingesetzt. Seitens der BSGM ist eine Reparatur der Elektroanlage, Türen und Fenster erfolgt. Aus wirtschaftlichen Gründen wurden die Maßnahmen zur Gebäudesicherung bzw. die Schutzmaßnahmen auf das Notwendige beschränkt.

5. Werden vom Land Berlin ggf. diesbezüglich Schadensersatzansprüche geprüft bzw. warum wird dies unterlassen?

Zu 5.: Schadensersatzansprüche waren aus Sicht des Liegenschaftsfonds nur gegen den ehemaligen Mieter des Objektes gegeben, diese waren jedoch gerichtlich nicht durchsetzbar.

Berlin, den 30. Juli 2009

In Vertretung

Iris Spranger  
Senatsverwaltung für Finanzen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. August 2009)